

Regierungserklärung

Rede von Bürgermeister Ole von Beust vor der Hamburgischen Bürgerschaft

31. März 2004

Sperrfrist: Ende der Rede

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

I.

die Wählerinnen und Wähler haben entschieden. Sie haben der Christlich Demokratischen Union, sie haben mir den Auftrag erteilt, unsere Stadt die nächsten vier Jahre zu regieren.

Die ersten Schritte sind getan: Der neue Senat ist vor vierzehn Tagen hier bestätigt worden; die Staatsrätin und Staatsräte sind ernannt; das Regierungsprogramm ist der Öffentlichkeit vorgestellt.

Diese Regierungserklärung, und die anschließende Debatte, sie bilden den Endpunkt der ersten Phase der Regierungstätigkeit, nach Wahlkampf und Wahlentscheidung.

Jetzt kann die eigentliche Arbeit beginnen.

Mit Blick zurück auf das Wahlergebnis, sei noch ein Wort erlaubt: So sehr ich mich über den Erfolg, so sehr ich mich über die absolute Mehrheit gefreut habe - und noch freue:

Das Vertrauen der Menschen ist mir persönlich, ist dem Senat vor allem Verantwortung; Verantwortung, die wir wahrnehmen wollen, für alle Menschen in dieser Stadt; egal ob sie uns gewählt haben oder nicht; egal, ob sie wahlberechtigt waren oder nicht.

Nach einem Wahlkampf, der immer seine eigenen Gesetzmäßigkeiten hat, gilt umso mehr: Erst kommen die Menschen, erst kommt die Stadt, und dann die Partei.

Mehr Verantwortung nach diesem guten Wahlergebnis - nicht Überheblichkeit und Rücksichtslosigkeit: dies gilt insbesondere auch für den Umgang des Senats mit dem Parlament.

Seien wir hart in der Sache, fair im persönlichen Umgang und respektvoll in der Ausübung unserer gegenseitigen Rechte.

II.

Meine Damen und Herren,

wir wissen, wir haben das Glück in einer großartigen Stadt zu leben. Einer Stadt mit großer freiheitlicher Tradition, bürgerschaftlichem Engagement und wirtschaftlicher Stärke.

Trotzdem: Hamburg ist keine Insel der Glückseligkeit, sondern auch wir liegen mitten im Strom großer Veränderungen, der derzeit Europa und Deutschland erfasst hat.

Ich bin überzeugt, dass wir eine Phase der geschichtlichen Entwicklung erleben, die an die Menschen in Deutschland und Europa große Anforderungen stellt; für uns in Westeuropa und Westdeutschland vermutlich die größten, seit Ende des Zweiten Weltkriegs.

Wie ist die Lage in Europa? Eine Frage, der wir uns auch in Hamburg nicht entziehen können, nicht entziehen wollen.

- Die Europäische Union wird ihr Gesicht ändern durch den Beitritt neuer Staaten – überwiegend Staaten des ehemaligen Ostblocks.

Gewohnte Ansichten über den Lauf der Geschichte, selbstverständlich geglaubte Mehrheiten in den Gremien der Europäischen Union, all das kann, all das wird sich ändern.

Die Ansprüche der neuen Mitglieder sind nachvollziehbar; denn bis 1989 haben sie auf der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schattenseite Europas gelebt. Es wird neue Verteilungskämpfe und Unsicherheiten geben.

- Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Deutschland durch die erweiterte Union sind besonders groß: Länder, in denen die Arbeitskosten zum Teil nicht einmal 20% unserer Kosten betragen, werden direkte Mitbewerber bei industriellen Investitionen. Betriebe und Arbeitsplätze können abwandern. Das ist - neben dem Verlust von Arbeitsplätzen - besonders schmerzlich für ein Land, das wie die Bundesrepublik Deutschland, sein Sozialsystem immer noch überwiegend über den Faktor Arbeit finanziert.
- Der Terrorismus ist jetzt auch in Europa angekommen. Er kann unser Leben verändern.

Kurzum: Wir befinden uns in der Phase tiefgreifender wirtschaftlicher, sozialer und daraus resultierender gesellschaftlicher Veränderungen.

III.

Hamburg wird dem Wandel in Europa begegnen. Mein Ziel ist es, die Stadt so zu führen, dass wir daraus gestärkt hervorgehen.

Dafür gibt es drei Bedingungen:

1. Wir suchen nicht die Risiken, sondern wir sehen die Chancen und Möglichkeiten, die sich aus dem Wandel Europas ergeben.
2. Wir schenken all denen die besondere Aufmerksamkeit der Gemeinschaft, die drohen, unverschuldet zu Leidtragenden des Wandels zu werden; denn wir wollen Gerechtigkeit.
3. Wir - die wir führen, die wir Verantwortung tragen - finden die Kraft, vorhandenes Beharrungsvermögen zu überwinden.

Was heißt das für unsere Stadt? Stichwort Chancen:

Freier und wachsender Handel mit den Staaten Mittel- und Osteuropas stärkt den Außenhandel und damit den Hamburger Hafen.

Hamburg hat - anders als andere Metropolen - eine kleine aber dafür solide Grundlage regionaler, industrieller und gewerblicher Betriebe, die Nachfrage für Dienstleistung schafft.

Die Angebote in Bildung und Kultur sind in unserer Metropole ausgesprochen vielfältig und zum Teil qualitativ herausragend.

Die Internationalität unserer Stadt, von den Konsulaten bis hin zu außenwirtschaftlichen Kontakten und der Vielfalt kultureller Impulse, ist für eine Stadt unserer Größenordnung außergewöhnlich.

Wir haben Platz für Wachstum innerhalb der Grenzen unserer Stadt: ehemalige Hafengebiete, Flächen, die von Bahn, Bundeswehr oder öffentlichen Einrichtungen nicht mehr genutzt werden – sie bieten Verdichtungsmöglichkeiten und Chancen einer Stadtentwicklung ohne wesentliche Beeinträchtigung der Lebensqualität.

All das schafft Chancen in einer globalisierten Welt.

Stichwort Gerechtigkeit:

Wir können diese Chancen nur nutzen, wenn auch diejenigen, die nicht stark sind, die von zu Hause nicht optimale Möglichkeiten mitbekommen haben, die drohen durchs Raster zu fallen, oder schon durchs Raster gefallen sind, wenn wir all diejenigen nicht vergessen.

Denn notwendiger Wandel darf kein Vorwand dafür sein, dass es denjenigen, denen es ohnehin schon gut geht, in Zukunft noch besser gehen soll; und dass andere, die ohnehin kämpfen müssen, gar keine Chancen mehr haben;

und wir dürfen uns nicht schulterzuckend abwenden, mit der Begründung: so seien sie halt, die Gesetze des Marktes, das sei eben die Kehrseite der Globalisierung.

Nein, das Soziale in der sozialen Marktwirtschaft bleibt für uns ein wichtiger Anspruch.

Das gilt für den Staat, die Wirtschaft und die Gesellschaft. Denn ich weiß, viele – auch in der Wirtschaft – sehen das genau so. Sie stellen sich und ihre Betriebe dem Wettbewerb und kümmern sich um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie übernehmen Verantwortung und haften persönlich mit ihrem Vermögen und ihrem Namen.

Einige hingegen scheinen jedoch nur an sich zu denken. Wer seine Position ausnutzt, um sich selbst höhere Gehälter zu genehmigen, und gleichzeitig Leute entlässt, der handelt alles andere als vorbildlich.

Die Zeit des Wandels ist nicht dazu da, um Beute zu machen, sondern sie erfordert besonders vorbildliches und bescheidenes Verhalten.

Ich freue mich, dass es gerade in Hamburg Verantwortliche in Wirtschaft und Gesellschaft gibt, die sich in einem ungeheuren Ausmaß dem Wohl der Stadt widmen.

Ich denke an Mäzenatentum und *Public-Private-Partnership* Projekte,

- wie die *Hamburg School of Logistics*,
- den Investitionsfonds Spitzensport,
- an kulturelle oder städtebauliche Projekte,
- das Internationale Schifffahrts- und Meeresmuseum,
- die Neugestaltung des Jungfernstiegs,
- die Hochschule für Musik und Theater,
- die Flügelbauten der Universität,
- den Umbau in der Staatsoper und der Kunsthalle,
- den Neubau der Staatlichen Jugendmusikschule,
- oder an die vielen, vielen Stiftungen dieser Stadt.

Zur Elite gehören - wer diese Verantwortung so versteht, dem kann man gar nicht genug danken.

Danken möchte ich auch all denjenigen, die sich ehrenamtlich für diese Stadt engagieren - das sind rund 460.000 Hamburgerinnen und Hamburger. Sie beweisen Tag für Tag, dass Initiative und Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwohl unsere hamburgische Bürgergesellschaft prägen.

Und diese eherne Tradition wurde im vergangenen Jahr erneuert durch die „Landesinitiative Hamburg engagiert sich“ – mit gutem Erfolg.

All das ist auch Ausdruck des Strebens nach Gerechtigkeit in einer sich rasant ändernden Welt.

Stichwort Verantwortung:

Verantwortung einzufordern – das gilt aber auch für uns, die wir politische Ämter bekleiden.

Ich denke, das Beharrungsvermögen Vieler ist zu groß. Wir Politiker meinen zu ahnen, dass weite Teile der Bevölkerung zwar abstrakt Veränderung wollen; aber bei sich selber bitte nicht. Bei allem Verständnis - viel zu oft machen wir uns zum Sprachrohr von Partikularinteressen, anstatt für Veränderung zu werben.

Jedes Neubauvorhaben löst lokale Proteste aus. Jede Änderung von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen trifft auf Widerstand. Jedes Verkehrsvorhaben wird von der unmittelbaren Nachbarschaft bekämpft. Jede Umorganisation von Behörden sorgt für Misstrauen.

Meine Bitte an Sie ist: Widersetzen wir uns dem Wandel nicht – gerade vor der eigenen Haustür. Sondern gestalten wir den Wandel gemeinsam.

Es wird genug Disput über Ziele und Wege geben. Es wird genug Meinungsverschiedenheiten über das „wie“ geben. Für das „ob“ müssen wir gemeinsam eintreten – auch wenn wir uns selbst dafür ändern müssen, auch wenn wir dafür Gewohnheiten ablegen und Widerstand aufbrechen müssen.

Konkret gilt das auch für die Zukunft des Landesbetriebs Krankenhäuser. Dass wir zu Veränderungen kommen müssen und private Beteiligung brauchen, um in Gesundheit investieren zu können, das sollte uns gemeinsam klar sein.

Der Senat nimmt das Ergebnis des Volksentscheids ernst, so, dass der Weg gründlich geprüft wird, ohne Vorfestlegungen und Aufgeregtheiten. Ich gehe davon aus, dass diese Prüfung bis zum Sommer abgeschlossen sein wird.

Meine Damen und Herren,

Verantwortung für notwendige Veränderungen trägt im Staat nicht nur die Politik, sondern ebenso die Exekutive, also auch die Verwaltung.

Ich weiß, wir haben in Hamburg zig Tausende motivierte, engagierte und loyale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst, seien es Arbeiter, Angestellte oder Beamte.

Sie alle tun ihre Pflicht; und viele sogar mehr als das. Das ist nicht nur mein persönlicher Eindruck, sondern er wird ja auch durch Umfragen über die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Service der öffentlichen Verwaltung belegt.

Darum meine Bitte an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Freien und Hansestadt: Arbeiten wir gemeinsam für eine Deregulierung, für eine Entbürokratisierung der öffentlichen Dienstleistungen und für eine wirklich moderne Verwaltungsstruktur, die schnell, effizient und gerecht ist.

IV.

Meine Damen und Herren,

die Chancen des Wandels nutzen, die Schwachen dabei nicht im Stich lassen und Führungsverantwortung ernst nehmen - das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Der Senat wird, um diese Ziele zu erreichen, das Leitbild „Metropole Hamburg - Wachsenden Stadt“ in den Mittelpunkt stellen.

Wachsende Stadt bedeutet, Hamburgs Qualität in ausgewählten Bereichen zu steigern. Mehr Qualität, gemessen an internationalem Standard, bringt mehr Quantität, d.h. mehr Einwohner für Hamburg.

Dies wiederum wird positive Auswirkungen haben auf die wirtschaftliche, fiskalische, soziale und gesellschaftlich-kulturelle Entwicklung der Stadt.

Das Konzept der Wachsenden Stadt steht dabei nicht in Konkurrenz zur Region. Ganz im Gegenteil! Wir streben eine noch engere Zusammenarbeit im Zuge des Regionalen Entwicklungskonzeptes an.

Denn auch die Gebietskörperschaften im Umland wissen: Je besser es Hamburg geht, desto besser geht es auch ihnen. Eine gute wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Aufstellung der Stadt dient nicht nur Hamburg, sondern der ganzen Region.

Wenn wir von der Wachsenden Stadt sprechen, dann heißt das zunächst:

Hamburg will die Metropole mit dem höchsten Wirtschaftswachstum in Deutschland sein. Nur Wachstum schafft Arbeitsplätze.

Dabei heißt Wachstum selbstverständlich nicht Wuchern. Wachstum heißt: koordiniertes Vorgehen und gezieltes Fördern von Hamburgs wirtschaftlichen Stärken;

und zwar konkret:

- Luftfahrt,
- Hafen- und Logistik,
- IT und Medien,
- Life Science und Nanotechnologie
- und Außenwirtschaft, insbesondere China-Kompetenz.

Besondere Unterstützung in diesen fünf Bereichen verdienen die kleinen und mittleren Betriebe – vom Handwerksbetrieb bis zum Hightech-Unternehmen. Denn sie sind es, die die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

Die Mittelstandsvereinbarung zwischen Senat und Handels- und Handwerkskammer wird daher vollständig umgesetzt werden, das Mittelstandsförderungs-Institut wird weiter entwickelt, und die Förderung von Existenzgründerinnen und –gründern wird intensiviert.

Der Abbau von Bürokratie und Überregulierung wird weiter voran getrieben.

Infrastrukturprojekte, die für die Wirtschaft besonders wichtig sind, werden ohne Zeitverzögerung weiter verfolgt.

Dies gilt zum einen für die Fahrrinnenanpassung der Elbe. Hier bitte ich die Nachbarländer und die Gebietskörperschaften um ihre weitere Unterstützung.

Ich bin überzeugt, dass sicherheits- und ökologische Bedenken, soweit sie noch bestehen, schnell ausgeräumt werden können. Wir dürfen hier keine Zeit verlieren.

Zum anderen ist es von Bedeutung, die Verkehrssituation in Finkenwerder schnell zu verbessern - im Interesse der Menschen die dort leben und im Interesse von Airbus.

Der Senat wird daher sicher stellen, dass die Ortsumgehung Finkenwerder bis Ende 2006 realisiert wird; genau so wie der weitere Ausbau der Start- und Landebahn nach Süden.

Alle zeitlich, räumlich und bautechnisch zusammenhängenden Maßnahmen der Start- und Landebahnverlängerung sowie der Ortsumgehung Finkenwerder werden zukünftig in einer Hand liegen; und sie werden durch die Realisierungsgesellschaft Finkenwerder mbH umgesetzt werden. Das macht eine bessere Koordinierung möglich.

Meine Damen und Herren,
die Wachsende Stadt braucht Investitionen.

Der Senat wird daher ein Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ auflegen:

- Laufzeit: von 2005- 2010, also 6 Jahre
- Volumen: eine Milliarde Euro
- also eine durchschnittliche Jahresrate von etwa 170 Millionen Euro.

Finanziert wird dieses Sonderinvestitionsprogramm, indem wir das Investitionsvolumen umschichten und u.a. durch Vermögensmobilisierung aufstocken. Und natürlich werden wir uns bemühen, möglichst viele Projekte in *Public-Private-Partnership* zu realisieren.

Das Ziel von „Hamburg 2010“ ist klar:

- staatliche Investitionen für die Bereiche, die wir im Leitbild „Wachsende Stadt“ als Handlungsfelder identifiziert haben,
- hier die Qualität Hamburgs verbessern,
- die Wachstumsstrategie beschleunigen,
- so private Investitionstätigkeit anregen,
- und Projekte realisieren, die Leuchtturmcharakter, haben – die also international Wirkung zeigen.

Schwerpunkt von „Hamburg 2010“ sind Projekte wie:

- im Bereich der Stadtentwicklung, der Brückenschlag über die Norderelbe,
- in der Wissenschaft und Forschung, die Ansiedlung eines internationalen Campus in der HafenCity,
- im Bereich Sport, die Modernisierung und der Neubau von Sportstätten für den Leistungssport,
- aber auch in den Bereichen Kultur, Hafenausbau und Bezirke.

Um Investitionen im baulichen Bereich möglich zu machen, wird es notwendig sein, den bestehenden Flächennutzungsplan zu überarbeiten.

In den jetzt laufenden Bebauungsplanungsverfahren verfolgen wir drei Strategien:

1. Wir wollen das Flächenangebot an Gewerbeflächen und Wohnbauflächen langfristig sichern.
2. Wir wollen städtebaulich die Entwicklung der Hamburger City nach Süden über die HafenCity, Wilhelmsburg bis zum Harburger Binnenhafen fest schreiben.
3. Wir wollen die Flächenentwicklung sicher stellen, in dem wir Flächen sparsam nutzen, Lebensqualität erhalten und vorrangig Konversionsflächen in Anspruch nehmen.

Dazu gehört auch die Realisierung der Internationalen Bauausstellung 2013, gemeinsam mit der Internationalen Gartenschau 2013.

Die Internationale Bauausstellung soll Ziele und Möglichkeiten für das urbane Leben im 21. Jahrhundert dokumentieren;

Leben in einer Großstadt, in der citynah gewohnt und gearbeitet wird, in der Freizeitangebote, Naherholungs- und Sportmöglichkeiten und eine gesunde Umwelt gesichert sind.

In den nächsten Wochen werden wir einen wissenschaftlichen Beirat einberufen. Er wird besetzt sein mit international renommierten Experten aus dem Bereich Architektur, Stadtsoziologie, Ökonomie, Ökologie, Ingenieurwissenschaften und Kultur. Und er wird ein Memorandum zur Internationalen Bauausstellung 2013 entwickeln.

Projektgruppen werden dann einzelne Konzepte und Projekte gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern diskutieren und erarbeiten.

V.

Meine Damen und Herren,
ich bin überzeugt: Das sind die Grundzüge einer Wirtschaftspolitik, einer Stadtentwicklungspolitik, einer Investitionspolitik, die der Wachsenden Stadt zum Erfolg verhelfen werden; und die Arbeit schaffen.

Denn an der Wachsenden Stadt sollen auch all die teilhaben, die wirtschaftlich auf der Schattenseite stehen.

Wir werden daher alle Zuständigkeiten für die Arbeitsmarktpolitik in eine Hand legen.

Als erstes werden wir die gesamten Kompetenzen hierfür in die Behörde für Wirtschaft und Arbeit verlagern. Allen potenziellen Erwerbsfähigen sollen sämtliche Möglichkeiten zur

Vermittlung in Arbeit und Ausbildung und zum Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit offen stehen.

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe schaffen wir die Voraussetzung für eine einheitliche Betreuungsstruktur für hilfebedürftige Arbeitssuchende.

Wir wollen dies in Hamburg so verwirklichen, dass die Betroffenen, nämlich die Empfänger von Arbeitslosengeld II, die bestmögliche aktivierende Hilfe erhalten.

Nach der Maxime „Fördern, Fordern, Effizienz“ werden wir eine breite Palette von Programmen anbieten: von niedrighschwelligem Eingliederungshilfen - wie zum Beispiel gemeinnützige Arbeit; über Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit; bis hin zu Eingliederungshilfen in Unternehmen und Unterstützung von Existenzgründung.

Dabei müssen in erster Linie die Betriebe noch stärker motiviert werden, auch denjenigen eine Chance zu geben, die jahrelang außen standen. Die Hamburger Arbeitsmarktpolitik setzt daher weiter auf Integration in den Arbeitsmarkt, setzt auf Zusammenarbeit mit den Betrieben.

Über das „Hamburger Modell“ Arbeitsplätze schaffen und Geringqualifizierte im Niedriglohnsektor fördern - das bleibt daher der zentrale Kernpunkt.

Besondere Bedeutung wird haben, berufliche Perspektiven zu schaffen für Jugendliche, die arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Das Ziel bleibt: Integration verbessern und spürbare Beschäftigungseffekte schaffen.

VI.

Meine Damen und Herren,
wirtschaftliches Wachstum und Arbeit werden wir nur mit bestausgebildeten Menschen erreichen.

Daher ist eine gute Ausbildung an Hochschule und Schule unverzichtbar, genauso wie ein ausreichendes Angebot für lebensbegleitendes Lernen.

Die Hamburger Hochschulen haben sich zu einem äußerst anspruchsvollen Reformprozess verpflichtet. Mit diesem ambitionierten Programm stoßen wir die größte Umstrukturierung des Hamburger Hochschulsystems an; und wir beanspruchen damit auch bundesweit eine Vorreiterrolle.

Ziel soll es sein, Hamburg als eine Metropole des Wissen zu etablieren und bis 2012 in eine europäische Spitzenposition vorzudringen.

Bislang läuft der Zukunftspakt bis 2005. Er garantiert den Hochschulen Budgetkonstanz. Im Gegenzug wird ihre aktive Teilnahme am Reformprozess eingefordert. Mit diesem Geben und Nehmen sind bereits beachtliche Veränderungen erreicht worden. Sie müssen fortgesetzt werden.

Wir streben daher über das Jahr 2005 hinaus weitere verlässliche Vereinbarungen zwischen der Stadt und den Hochschulen an. Über das Gesamtvolumen muss dann gesprochen werden. Fest steht für mich: Planungs-, Finanz-, und Reformsicherheit ist für alle Seiten gut.

Hamburg – Metropole des Wissens: Dazu wird auch gehören, das Angebot in Hamburg zu erweitern. Wir brauchen mehr Internationalität. Hierfür ist die HafenCity der geeignete Standort.

Wir werden daran arbeiten, eine weitere renommierte Forschungseinrichtung mit internationaler Strahlkraft in Hamburg zu etablieren. So bietet zum Beispiel der neue Röntgenlaser am DESY ein hervorragendes Potenzial für außeruniversitäre Forschung.

Und wir wollen in Hamburg eine Akademie der Wissenschaften gründen. Sie wird den Wissenschaftsstandort Hamburg stärken und die Entwicklung der Wissenschaften im norddeutschen Raum fördern.

Meine Damen und Herren,
herausragende Leistungen in Wissenschaft, Forschung und Lehre beginnen in der Schule.

Schwerpunkt der Hamburger Schulpolitik wird daher die Verbesserung der Qualität von Schulen sein.

Jeder fünfte Euro wird in Hamburg bereits in Bildung und Sport investiert. Das ist viel. Aber es nicht genug, um alle Bereiche des Schulwesens gleichzeitig zu verbessern.

Wir müssen Prioritäten setzen:

Ein qualitativ hochwertiges Schulwesen beginnt mit vorschulischen Bildungsstandards. Systematische Bildungsarbeit muss bereits in den Kindertagesstätten einsetzen, ohne sie gleichzeitig zu verschulen.

Nur so sorgen wir für Chancengerechtigkeit. Nur so können wir die frühkindliche Lernfähigkeit optimal nutzen.

Verbindliche Bildungsstandards im Elementarbereich - das heißt natürlich auch, dass das pädagogische Personal in den Kindertagesstätten entsprechend qualifiziert ist;

und es heißt, das Nebeneinander von Vorschulklassen und Kitas mit unterschiedlichen Inhalten und Rahmenbedingungen zu beenden und ein Gesamtkonzept mit verlässlichen Standards vor der Einschulung zu erarbeiten.

Wir werden Hamburgs Schulen mehr Selbständigkeit geben, aber auch mehr Eigenverantwortung zumuten.

Jede Schule soll ein Leitbild und ein Schulprogramm erarbeiten, damit Eltern und Schüler leichter die individuell passende Schule, den passenden Schulabschluss finden.

Mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Schule auf der einen Seite – die staatliche Gewährleistungspflicht für ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem auf der anderen Seite: das verlangt ständige interne und externe Evaluation, die sich an den Zielen von Schule insgesamt orientiert, genau so wie an den Zielen der einzelnen Schule.

Es darf keinen Schulabschluss ohne Anschluss geben. Das Schulsystem muss durchlässig bleiben; und Schule muss befähigen: zu Ausbildung, zu Studium und Arbeit. Darüber müssen wir mit Wirtschaft und Hochschulen reden, müssen hier neue Weichen stellen.

Wir wollen Haupt- und Realschulen stärken. Die Schülerzahlen gehen bei diesen Schulformen enorm zurück. Wir werden mit diesen Schulen schulformbezogene Profile erarbeiten, die auch den Anschluss sicher stellen. Das wird sie wieder attraktiv für viele Eltern machen.

Ein Wort noch zum Thema Ganztagschule:

Wir werden das Ganztagsangebot zügig ausbauen. Was die Eltern wollen, was die Schulen können, was finanziell machbar ist und was der Schulentwicklungsplan sagt – das sind die vier Kriterien, die über die Schulstandorte entscheiden werden.

Die Schulzeitverkürzung auf 12 Jahre bedeutet auch für die Gymnasien verstärkt Nachmittagsunterricht. Bei der Organisation der Mittagszeit werden wir sie angemessenen unterstützen.

Meine Damen und Herren,
eng zusammen mit der Bildungspolitik hängt das Angebot Stadt in Sachen Kindertagesbetreuung. In den vergangenen Monaten ist darüber intensiv diskutiert worden - hier im

Hause, auf vielen Veranstaltungen im Wahlkampf, doch vor allem in vielen persönlichen und intensiven Gesprächen mit Eltern.

Für mich steht daher fest: Um die Kindertagesbetreuung zu verbessern, müssen wir weitere mutige Schritte gehen.

Ich will die Einführung eines landesgesetzlichen Rechtsanspruchs, der die Betreuung von Kindern berufstätiger Eltern im Alter von 0-14 Jahren garantiert.

Und ich will die Erweiterung des bundesgesetzlichen Rechtsanspruchs für Kinder von 3-6 Jahren auf eine 5-stündige Betreuung.

Hierin soll ein Mittagessen enthalten sein. Denn so bekommen Kinder aus sozial benachteiligten Familien eine bessere Grundbetreuung und Kinder mit Migrationshintergrund können leichter integriert werden.

Das kostet natürlich Geld. Entsprechende Vorschläge werden in Kürze - incl. Finanzierungsmodalitäten - vorgestellt. Ich weise jetzt schon darauf hin, dass die eingesetzten Ressourcen nicht beliebig vermehrbar sind. Sondern es wird auch zu Umsteuerungen im System kommen. Denkbar ist zum Beispiel, Eltern finanzielle am Mittagessen zu beteiligen, denn sie sparen ja Aufwendungen zu Hause.

Meine Damen und Herren,
eine bessere Kinderbetreuung ist nur ein Aspekt, um Hamburg für junge Familien attraktiver zu machen.

Es wird auch darum gehen, Familien bei der Vergabe städtischer Grundstücke besser zu fördern.

Wir wollen Anreize für Investoren zum Bau von Familienwohnungen. Die Vergabe von städtischen Grundstücken ist nicht allein eine fiskalische Frage, die den Marktgesetzen unterliegt.

Sondern mit der Vergabepolitik lässt sich auch bewusst steuern: mit dem Ziel, jungen Familien die Möglichkeit zu geben in Hamburg zu wohnen und zu vertretbaren Bedingungen Eigentum zu schaffen.

VII.

Meine Damen und Herren,
mehr Qualität für eine Wachsende Stadt – das heißt natürlich auch: Entwicklung wichtiger städtebaulicher Projekte; und es heißt: Entwicklung besonderer Präferenzbereiche.

Städtebaulich geht es voran.

1. Stichwort Domplatz: Im Dezember 2003 wurde das Investorenbewerbungsverfahren abgeschlossen; genau heute findet die Investorenauswahlentscheidung statt, Baubeginn wird im Jahre 2006 sein, die Fertigstellung erwarten wir für 2008.
2. Stichwort Europapassage: Im Juni 2004 wird Grundsteinlegung sein, fertig soll die Passage Mitte des Jahres 2006 werden.
3. Stichwort Jungfernstieg: Der ursprüngliche Zeitplan sah den Baubeginn für März/April 2004 vor. Da die Risikoabdeckung von bis zu 4,8 Millionen Euro aus dem Haushalt noch offen ist, verzögert sich der Baubeginn ein wenig. Ich gehe aber davon aus, dass es möglich sein wird, noch im 2. Quartal 2004 mit dem Bau zu beginnen.
4. Stichwort Messeerweiterung: Die vorbereitenden Arbeiten haben im Herbst 2003 begonnen. Der Vertrag mit dem Investor ist im Februar geschlossen worden. Ein erster Bauabschnittes wird im März 2005, noch rechtzeitig zur Internorga, fertig sein; der gesamte Bau 2008.
5. Stichwort Spielbudenplatz: Im Februar 2004 ist ein Wettbewerb ausgelobt worden. Im Mai/Juni 2004 wird das Preisgericht tagen, danach werden die weiteren Entscheidungen getroffen.
6. Stichwort HafenCity: Am Sandtorkai wird spätestens im Mai 2004 Richtfest gefeiert für die Baufelder 1-4; fertig werden die ersten Bauten spätestens Ende des Jahres 2004 sein. Am Dalmannkai wird die Bebauung mit 600 Wohnungen bis zum Jahre 2007 fertig sein. Die Verfahren laufen planmäßig. Im Kernstück der HafenCity, dem Überseequartier, ist die zweite Stufe des Investorenauswahlverfahrens angelaufen. Bis zum September 2004 wird der bevorzugte Bieter ausgewählt. Baubeginn wird spätestens im Jahre 2006 sein, wenn die Sanierungsarbeiten Grasbrook abgeschlossen und das Bebauungsplanverfahren durchgeführt sind.
7. Stichwort Harburger Schlossinsel: Im Herbst 2004 wird abschließend darüber entschieden, wie das Gebiet genau abgegrenzt sein wird, dass aus dem Hafengebiet entlassen wird. Gewerbliche und wirtschaftliche Interessen müssen berücksichtigt werden, um hier eine Bebauung möglich zu machen, für andere Zwecke außerhalb der Hafennutzung.

Meine Damen und Herren,

im Rahmen des Leitbilds Wachsende Stadt hat der Senat verschiedene Präferenzbereiche benannt: Hamburg als Kulturmetropole auszubauen ist einer davon. Dazu gehören zunächst wichtige Investitionen.

So werden die Bauarbeiten am Internationalen Schifffahrts- und Meeresmuseum im Kaispeicher B im Jahre 2004 beginnen, die Fertigstellung ist für 2006 geplant.

Und wir wollen den Bau der Elb-Philharmonie; wir wollen die kulturelle Nutzung am Kaispeicher A. Hierzu beginnen in diesen Tagen die Koordinierungsgespräche.

Das Projekt soll noch in dieser Legislaturperiode wahr werden. Denn wir brauchen diese Philharmonie: architektonisch, um sichtbar zu dokumentieren, dass es in der HafenCity voran geht; und um unseren Anspruch als kulturelle Metropole von Format zu untermauern.

Dazu werden wir auch Sponsorengelder brauchen. Meine Bitte an die Stadt: Lassen Sie uns alle an einem Strang ziehen. Es gibt die Möglichkeit, Großartiges zu schaffen, mit Ausstrahlung weit über Hamburg hinaus. Wir wollen alles tun, um diesen Plan zu verwirklichen.

Und es sind weitere Investitionen geplant in Sachen Kultur als Präferenzbereich im Leitbild Wachsende Stadt:

1. Am Domplatz wird als Teilbebauung ein Ausstellungszentrum u.a. für archäologische Exponate entstehen.
2. Die Gedenkstätte Neuengamme soll im Mai nächsten Jahres in neuer und erweiterter Form eröffnet werden.
3. Für junge Unternehmen aus der Musikbranche soll das Musikzentrum St. Pauli ins Leben gerufen werden.
4. Die Kulturszene St. Pauli wird durch eine neue Spielstätte für das Schmidt-Theater aufgewertet.
5. Darüber hinaus wollen wir Hamburg zu einer Modellregion für Kinder- und Jugendkultur entwickeln. Dabei wird das Bestehende nicht vernachlässigt.

Schon jetzt ist Hamburg eine energiereiche Kulturmetropole von internationaler Bedeutung: Unsere Stadt ist die Heimat renommierter Sprechtheater und einer vielfältigen Museumslandschaft. Oper und Ballett sind von Weltruf.

Das Angebot der Bücherhallen ist bundesweit vorbildlich und wir haben große Orchester sowie eine pulsierende freie Kunst- und Kulturszene. Nicht zu vergessen die vielfältigen Angebote in den Stadtteilen, die Kreativität und Dialog fördern und Identität schaffen.

Stadtteilkulturzentren, Geschichtswerkstätten, Musikclubs und Veranstaltungsorte tragen zusammen mit jungen Künstlern und innovativen Kunstformen zur Lebensqualität unserer Großstadt bei.

Das zu sichern ist auch das Werk von vielen privaten Stiftungen und Sponsoren, denen ich ausdrücklich danke.

VIII.

Meine Damen und Herren,
neben dem besonderen Augenmerk für die Kultur geht es darum, in ausgewählten Leitprojekten das Konzept der Wachsenden Stadt weiter zu entwickeln.

So beinhaltet das Leitprojekt „Sprung über die Elbe“ Vorstellungen über die Integration von Stadtteilen, die bisher eher isoliert durch Hafenindustrie und Infrastrukturtrassen im Süden der Stadt liegen, wie Wilhelmsburg, die Veddel und Teile von Harburg.

Zentral dabei:

- der Brückenschlag über die Norderelbe,
- neue Arbeitswelten am Reiherstieg,
- die neue Wilhelmsburger Mitte mit der Internationalen Gartenschau 2013,
- Neuansiedlungen im Wilhelmsburger Osten,
- der Sprung über die Süderelbe,
- und der Harburger Binnenhafen mit der Schlossinsel.

Dabei steht im Vordergrund: Den Hamburger Süden zu integrieren, die Elbe nicht als etwas Trennendes, sondern das Leben und Arbeiten am Fluss als etwas Verbindendes zu begreifen und dabei neue städtebauliche Reize zu entdecken und zu entwickeln.

Ein weiteres großes Leitprojekt der Wachsenden Stadt trägt den Titel „Sportstadt Hamburg“.

Manche mögen es nicht glauben, aber schon 2003 war Hamburg Sportstadt Nummer eins in Deutschland. Über 5 Millionen sportbegeisterte Besucher haben Hamburgs Sportangebote verfolgt.

Und diese Entwicklung geht weiter. In diesem Jahr finden 35 nationale und internationale Sportevents in Hamburg statt - die meisten davon mitten in der Stadt; vom *Beachvolleyball* auf dem Rathausmarkt über den Marathon durch die City.

Höhepunkt dieses Sportjahrs werden die *Special Olympics* sein, eine der größten Sportveranstaltungen für geistig und mehrfach behinderte Menschen.

Auch mit dem Deutschen Gehörlosensportfest rund um den Stadtpark bestätigt Hamburg sportliches und soziales Engagement.

Wir wollen Hamburgs Ruf als Sportstadt festigen. Dazu wird die Hamburg Marketing GmbH die Interessen und Initiativen des Breitensports, des Spitzensports und der Sportveranstalter bündeln und koordinieren.

Ein weiteres Leitprojekt der Wachsenden Stadt trägt den Titel „*Welcome to Hamburg*“.

Ich betone noch einmal: Eine internationale Metropole wie Hamburg braucht Spitzenkräfte, die zur wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereicherung beitragen; Spitzenkräfte aus aller Welt.

Dass sich das Ausländerrecht auf Bundesebene in diese Richtung bewegt, begrüße ich.

Natürlich stehe ich zu unserer Verantwortung, ja zu unserer Pflicht, Menschen in Deutschland und Hamburg aufzunehmen, die unter Verletzung von Menschenrechten verfolgt werden oder die unter Bürgerkrieg leiden; zumindest bis Verfolgungsmaßnahmen bzw. Bürgerkriegszustände beendet sind. Das gehört zu unserem Selbstverständnis als demokratischer, sozialer Rechtsstaat. Das ist eine Frage der Humanität.

Unabhängig davon müssen wir insbesondere um qualifizierte Arbeitskräfte aus aller Welt werben.

Ich will dafür ein *Welcome-Center*, das Servicestelle für alle potenziellen Neubürgerinnen und Neubürgern ist.

Zum Angebot des *Welcome-Center* sollen gehören: Erstberatung in Fragen von

- Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung,
- Wohnungssuche,
- Kinderbetreuung,
- Schule und Ausbildung,
- Anerkennung universitärer Qualifikation,
- medizinische Versorgung,
- Sprachkurse,
- Kultur-, Freizeit- und Sportangebote
- oder auch Patenschaften.

Zugleich soll das *Welcome-Center* Anlaufstelle für Hamburger Unternehmen sein, die Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben wollen. Denn gerade kleinen und mittleren Firmen fehlt es häufig an Kenntnis im Umgang mit Verfahren und Rechtsvorschriften.

Das Leitprojekt „*Welcome to Hamburg*“ ist Bestandteil der Internationalisierungsstrategie Hamburgs:

Hamburgs Position im Ostseeraum wollen wir festigen und ausbauen durch Kooperation mit ausgewählten Wachstumsregionen. Das gilt besonders für die Beziehungen zu Nordwest-Russland genauso wie für die Zusammenarbeit mit der Öresund-Region.

Wir wollen Hamburgs Asienkompetenz weiter aktivieren: meine Reise nach Beijing, Shanghai und Hongkong im Herbst gehört genauso dazu, wie zum Beispiel die geplanten Korea-, Japan- und China-Wochen.

Doch diese Schwerpunktbildung heißt nicht, dass wir andere Regionen vernachlässigen. Im Gegenteil: Wir streben zum Beispiel an, die Beziehungen zur arabischen Welt in geeigneten Themenfeldern auszubauen, insbesondere im Gesundheitsbereich.

Ende Juni werde ich in die Türkei, nach Ankara und Diyarbakir reisen, um politische Gespräche zu führen über die Situation der Türken in Deutschland, den Wunsch der Türkei, Mitglied der Europäischen Union zu werden und andere Themen.

Internationalisierung Hamburgs – das heißt aber auch, sich um die zugewanderten Menschen zu bemühen, die zum Teil in der dritten Generation in unserer Stadt wohnen. Dieses sind keine „Gastarbeiter“ oder „Gastarbeiterfamilien“, sondern Bürgerinnen und Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg. Auch wenn sie zum großen Teil kein Wahlrecht haben, gehören sie zu uns.

Ich werde zum Beispiel das Projekt fortsetzen, das ich in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen, Unternehmensverbänden und Kammern begonnen habe: nämlich jungen Leuten mit Migrationshintergrund eine berufliche Perspektive zu verschaffen.

Gleichzeitig werden wir unsere Bemühungen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse von jungen Menschen mit Migrationshintergrund verstärken. Ziel ist dabei: Vor der Schule deutsch lernen, damit in der Schule deutsch gesprochen wird.

Ich will keine sprachliche oder kulturelle Assimilation. Viele unterschiedliche Kulturen bereichern unsere Stadt. Ich will aber, dass Sprache kein Integrationshemmnis ist.

Aus all dem, meine Damen und Herren, sehen Sie: Das Leitbild Wachsende Stadt setzt sich aus vielen Mosaiksteinen zusammen.

Neben den ausgewählten Leitprojekten bringt die Wachsende Stadt Qualitätsverbesserungen in vielen, für die Menschen und die Stadt wichtigen Bereichen.

Aber täuschen wir uns nicht: Nahezu in allen Bereichen, die ich genannt habe, geht es entweder um ganz neue Wege oder um Weiterentwicklungen.

Auf jeden Fall aber bedeutet – zumindest aus meiner Sicht - in allen Bereichen Veränderung Verbesserung.

Aber ich weiß: Mag die Verbesserung auch noch so auf der Hand liegen, die Veränderung löst Beharrungskräfte aus. Und wenn es konkret wird, wird sie misstrauisch beäugt.

Daher ist es wichtig, dass alle Veränderungen auf einer sicheren Grundlage erfolgen. Sichere Grundlage heißt zunächst, dass die Menschen sich in der Stadt sicher und geborgen fühlen. Das Bemühen um innere Sicherheit ist daher für mich niemals schmales *Law and Order*-Denken gewesen.

Das Thema ist wichtig; und zwar beruht das auf zwei Annahmen:

Zum einen sind es gerade die Menschen, die Sicherheit nicht kaufen können, die auf den Staat angewiesen sind, dass er ihnen Sicherheit garantiert. Um es schlicht auszudrücken: Wer kein Geld für *Bodyguards* hat, braucht eine gute Polizei. Wer sich in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht sicher fühlt, dem wird letztlich Mobilität und Freiheit genommen.

Und zum anderen: Je Stärker der Veränderungsdruck im Allgemeinwesen ist, desto größer ist der Wunsch nach Sicherheit. Innere Sicherheit erfüllt damit weniger eine kriminalpolitische Funktion, sondern eine soziale und gesellschaftliche.

Es wird daher in diesem Senat kein Nachlassen im Bemühen um eine personell und sachlich gut ausgerüstete Polizei und Feuerwehr sowie eine effiziente und gerechte Justiz geben.

Wo gesetzliche Grundlagen für effektive Polizeiarbeit fehlen, werden wir sie schaffen. Das gilt für mögliche Videoüberwachungen an Gefahrenschwerpunkten - natürlich zeitlich befristet -, genauso wie für die Möglichkeit, verdachtsunabhängige Kontrollen durch zu führen. Das wird selbstverständlich geschehen unter Beachtung des Grundsatzes der Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit.

Auch gilt für diesen Senat, was bereits für den vorherigen Senat galt: Wir haben großes Vertrauen in die Arbeit unserer Polizei und unserer Feuerwehr; wir haben großen Respekt vor jedem einzelnen Mitarbeiter, der wahrlich keinen einfachen Beruf hat.

Das erstreckt sich genau so auf Justiz und Strafvollzug: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Bereichen - in der Justiz selbstverständlich über die Strafjustiz hinaus - leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu gesellschaftlichem Ausgleich und sozialem Frieden.

Meine Damen und Herren,
Veränderungen - nur wenn die Grundlage sicher ist. Und zu einer sicheren Grundlage gehört eine solide Finanzpolitik.

Dafür haben wir die Voraussetzungen in den letzten zwei Jahren geschaffen:

- Der Kreditspielraum wurde in 2002 und 2003 erstmals nicht voll ausgeschöpft. Auch mussten keine Fehlbeträge ausgewiesen werden, die zukünftige Haushalte belasten.
- Die Nettoneuverschuldung konnte kontinuierlich zurückgeführt werden.
- Das Sparprogramm Jesteburg I ist nahezu vollständig umgesetzt, die Umsetzung von Jesteburg II läuft.
- Durch Vermögensumschichtungen konnten wir ein 50-Millionen-Euro-Sonderinvestitionsprogramm auflegen, um den Instandsetzungsstau zu beseitigen.
- Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag konnten mit positiven Ergebnissen für Hamburg abgeschlossen werden. Trotzdem ist die Haushaltsslage nach wie vor kritisch:
- Wir haben eine Verschuldung von 13.700 Euro pro Einwohner;
- eine unbefriedigende Zinssteuerquote von 15%;
- die Nettokreditaufnahme im Jahre 2003 betrug 800 Millionen Euro.

Trotz dieser Schwierigkeiten bleiben wir bei unseren finanzpolitisch ehrgeizigen Zielen. Wir wollen einen ausgeglichenen Betriebshaushalt für das Jahr 2006 vorlegen.

Es bleibt bei der Rückführung der Neuverschuldung. Der Konsolidierungskurs - wie er in Jesteburg I und II formuliert wurde - wird fortgesetzt.

Unser besonderes Augenmerk gilt der stärkeren Investitionstätigkeit der Stadt; auf das Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ habe ich bereits hingewiesen.

Um diese haushaltspolitischen Ziele zu erreichen, müssen wir auch die Effizienz staatlichen Handelns weiter steigern: Wir müssen:

- Organisationstrukturen effektiver gestalten,
- Aufgaben entflechten

- und Verwaltungsverfahren beschleunigen.

Wenn ich schon im Vorfeld dieser Debatte von der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform gesprochen habe, geht es mir nicht um Zentralisierung der Verwaltung. Sondern es geht mir um Effizienz und Bürgernähe.

Und nach meiner Erfahrung kann dies oft auch durch Dezentralisierung erreicht werden, weil damit endgültige Entscheidungsbefugnisse auf die dezentralen Stellen übertragen werden und damit Doppelt- und Dreifachzuständigkeiten vermieden werden.

In dieser Richtung strebe ich eine Verwaltungsreform für Hamburg an. Ich weiß, das ist nicht einfach; ich weiß, das ist mehrfach in der Vergangenheit ohne Erfolg versucht worden.

Trotzdem: Ich habe am Anfang meiner Regierungserklärung vom notwendigen Wandel gesprochen, dem sich auch Hamburg unterziehen muss, um im internationalen Wettbewerb mit zu halten.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, ja sie wissen, dass wir für diese Politik des Wandels eher weniger Geld, als mehr Geld haben werden; sie erwarten keine Politik auf Pump. Aus gutem Grund habe ich daher im Wahlkampf auf teure Wahlversprechen verzichtet.

X.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

diese Regierungserklärung und das vorgelegte Regierungsprogramm bilden die Grundlage für die Arbeit der nächsten vier Jahre.

Ich bin davon überzeugt, dass diese Stadt, dass wir alle eine große Chance haben, die Veränderungen in Europa und Deutschland als Chance zu nutzen.

Nicht Ängstlichkeit, nicht überzogenes Beharrungsvermögen, nicht Besitzstandwahren, nicht Ellbogengesellschaft, wo jeder nur an sich denkt, wird uns voranbringen, sondern ein verantwortungsvolles, solidarisches Handeln; mit dem Mut, neue Wege zu gehen.

Ich bin bereit, dieses zu tun.